

1 „Zukunft der Bildung“ – Kurzfassung

2 Bildung in Niedersachsen –

3 Besser Gemeinsam!

4 Unsere Ziele als Bildungspartei in Niedersachsen

5 Die SPD ist die Bildungspartei Deutschlands. Wir sind stolz darauf,
6 maßgebliche Impulse für die Entwicklung der Bildungslandschaft geliefert zu
7 haben. Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst, und deswegen legen wir
8 in dieser Tradition ein neues Konzept zur Modernisierung aller
9 Bildungsbereiche in Niedersachsen vor.
10

11 Nicht zuletzt durch internationale Studien wie PISA ist deutlich geworden,
12 dass Deutschland – und damit auch Niedersachsen - den Anschluss an die
13 internationalen Bildungsstandards verloren hat. Nach wie vor ist Deutschland
14 das Land in Europa, in dem die soziale Herkunft am gravierendsten über die
15 Bildungschancen entscheidet, es die schärfste Auslese und die größten
16 sozialen Benachteiligungen gibt.

17 Vor diesem Hintergrund haben die sozialdemokratischen Bildungsziele nichts
18 an Aktualität verloren, im Gegenteil, sie zu verwirklichen ist dringender denn
19 je.

20 Wir wollen

- 21 • eine **bestmögliche individuelle Förderung jedes Menschen** durch das
22 Bildungssystem **erreichen und damit Chancengleichheit** als
23 sozialdemokratische Kernbotschaft **verwirklichen**,
- 24 • eine **ganzheitliche und lebenslange Bildung gewährleisten**, die alle
25 Fähigkeiten umfasst unter gleichwertiger und gleichgewichtiger
26 Einbeziehung der sprachlichen, motorischen, musisch-künstlerischen,
27 sozialen und kognitiven Fähigkeiten.

28 Die niedersächsische SPD hat mit dem Konzept „Zukunft der Bildung“ ein
29 umfassendes Bildungsprogramm entwickelt, das von diesen Grundsätzen
30 ausgeht. Das Prinzip der individuellen umfassenden „Förderung und
31 Forderung“ steht dabei im Mittelpunkt.

32 Wir wollen nach der Landtagswahl im Jahr 2008 wieder die Regierung des
33 Landes stellen. Mit dem Konzept „Zukunft der Bildung“ beschreiben wir die
34 Schritte, die wir in der Zeit bis zum Jahre 2018 vollziehen wollen, um innerhalb
35 von zwei Legislaturperioden Niedersachsen zu einem herausragenden
36 Bildungsland in Deutschland und Europa zu entwickeln.

37 Frühkindliche und vorschulische Bildung, Erziehung und 38 Betreuung

39 Frühkindliche und vorschulische Bildung, Erziehung und Betreuung mit
40 spielerischem und entdeckendem Lernen sind zentrale Anliegen
41 sozialdemokratischer Bildungspolitik. Ihr Ausbau ist notwendig, um die
42 Potenziale eines Kindes und damit die Basis für die Chancengleichheit zu
43 entwickeln.

1 Die SPD wird deshalb von 2008 bis 2018 die frühkindliche Bildung, Erziehung
2 und Betreuung in Niedersachsen in enger Abstimmung mit den Kommunen
3 und den Trägern der Einrichtungen völlig neu gestalten.

4 5 **Bildung beginnt im Elternhaus.**

6 Wer starke Kinder haben möchte, muss die Eltern stark machen. Die
7 Förderung in der frühen Kindheit bestimmt den späteren Erfolg beim Lernen
8 entscheidend mit. Daher wollen wir in den Gemeinden ein wohnortnahes Netz
9 von Einrichtungen schaffen, in denen unterstützende – nicht bevormundende
10 – Erziehungsberatung kostenfrei angeboten werden. Aufsuchende Hilfe in
11 vielfältiger Form ist dabei entscheidend für eine frühe Unterstützung der
12 Eltern. Bildungspolitik ist auch Sozialpolitik.

13 14 **Leistungen in Familienzentren bündeln**

15 Die von uns angestrebten Veränderungen sind am effektivsten, wenn eine
16 Vernetzung aller Angebote über ein koordinierendes Zentrum stattfindet.
17 Deswegen wollen wir Kindertagesstätten zu Familienzentren ausbauen. Ab
18 dem Jahr 2008 werden wir als ersten Schritt 50 Zentren in Niedersachsen
19 einrichten.

20 Hier sollen die verschiedenen Dienste und Einrichtungen für Familien und
21 Kinder gebündelt werden. Dazu zählen Angebote wie Erziehungshilfe für
22 Eltern, Dienste von Kinderärzten und der Gesundheits-, Jugend- und
23 Sozialämter.

24 25 **Frühkindliche und vorschulische Bildung, Erziehung und Betreuung in** 26 **Krippen und Kindergärten**

27 In Niedersachsen besteht für knapp 97% der Kinder kein Krippenplatzangebot,
28 obwohl es einen hohen Bedarf gibt. Wir wollen deshalb schrittweise ein
29 ausreichendes und flächendeckendes Krippenplatzangebot sicherstellen, das
30 durch das Tagesmüttermodell ergänzt wird. **Ab dem Jahr 2010 wird es in**
31 **Niedersachsen einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz geben.**

32 Spätestens mit Vollendung des dritten Lebensjahres wird die frühkindliche
33 Bildung in den Kindergärten fortgesetzt. Wir werden daher den
34 Bildungsauftrag des Kindergartens stärken und die Qualifizierung der
35 Beschäftigten verbessern. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher soll
36 reformiert werden.

37 Die Entwicklung der Kinder wird dokumentiert. So garantieren wir eine
38 effektive individuelle Förderung der Kinder. Unser Ziel ist zudem die
39 Integration von Kindern mit Behinderungen in die regulären
40 Kindertagesstätten.

41 Kindern mit besonderem Förderbedarf im Bereich der deutschen Sprache
42 werden in speziellen Kursen Deutschkenntnisse vermittelt, damit sie die
43 Grundschule erfolgreich besuchen können. Dies erfolgt in den Kindergärten
44 von Anfang an und nicht erst im letzten Jahr.

45 Wir wollen, dass möglichst alle Kinder den Kindergarten besuchen und
46 deswegen werden wir – beginnend mit einem Kindergartenjahr - schrittweise

1 die **Beitragsfreiheit** für die Eltern die gesamte Zeit des Kindergartenbesuchs
2 einführen.

3 4 **Grundschulen als Basis des gemeinsamen Lernens**

5 6 **Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen**

7 Alle Kinder sollen gezielt auf den Schulbesuch vorbereitet werden. In Zukunft
8 muss dies verbindlich geregelt und evaluiert werden. Hierzu sind die Vorgaben
9 des derzeit in Niedersachsen gültigen Orientierungsplans für die Arbeit der
10 Kindertagesstätten in überprüfbare Bildungsstandards umzuwandeln.

11 Die Eltern sollen motiviert werden, ihre Kinder bereits mit 5 Jahren aus der
12 Kindertagesstätte in die flexible Eingangsstufe der Grundschule wechseln zu
13 lassen. Für diesen Wechsel wird es künftig mindestens zwei Termine im Jahr
14 geben. Spätestens erfolgt er mit der Vollendung des 6. Lebensjahres.

15 Lehrkräfte sollen bei der Vorbereitung der Kinder auf die Schule,
16 Erzieherinnen und Erzieher im Gegenzug in der flexiblen Eingangsstufe der
17 Grundschule mitwirken.

18 19 **Alle Grundschulen beginnen mit der flexiblen Eingangsstufe**

20 Die Grundschule soll wohnortnah vorgehalten werden. Am Beginn der
21 schulischen Laufbahn steht an allen niedersächsischen Grundschulen die
22 flexible Eingangsstufe. Die beiden ersten Jahrgänge können von den Kindern
23 je nach ihrer individuellen Befähigung in ein, zwei oder drei Jahren
24 durchlaufen werden. Danach folgen die Jahrgänge drei und vier.

25 Die Unterrichtsorganisation der Grundschulen wird reformiert, hin zu mehr
26 selbstständigem und fächerübergreifendem Lernen und Projektgruppenarbeit.
27 Alle Grundschulen können als Ganztagschulen ausgebaut werden.

28 29 30 31 **„Gemeinsame Schule“ - Sekundarstufe I**

32 33 **Aussortieren ist der falsche Weg**

34 Das frühzeitige Trennen und Aussortieren der Kinder nach dem vierten
35 Schuljahrgang ist ein fast einmaliger Sonderweg Deutschlands. Fast alle
36 Länder Europas praktizieren hingegen eine längere gemeinsame Beschulung
37 der Kinder. In Niedersachsen wird dies von der CDU/FDP-Regierung
38 verhindert. Nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen steht die frühe
39 Trennung der Begabungsförderung im Weg. Zusammen mit dem Abschieben
40 von Verantwortung von einer Schulform auf die andere durch Abschulung und
41 Sitzenbleiben trägt sie entscheidend zur ungleichen Verteilung der
42 Schulabschlüsse nach sozialer Herkunft bei. Auch gesamtgesellschaftlich
43 wirkt sich dieses Schulsystem fatal aus, weil vorhandene Bildungsreserven
44 nicht genutzt werden.

1 Mit kleinen Reparaturen am bestehenden System ist diese Entwicklung nicht
2 zu korrigieren. Entscheidend ist ein Umdenken in der Schulpolitik. Im
3 Mittelpunkt aller Überlegungen und Maßnahmen dürfen nicht Schulformen,
4 sondern muss die individuelle Förderung aller Kinder stehen. Nicht
5 Schulformen sind zu fördern, sondern Schülerinnen und Schüler.

6 Dabei zeigt sich jedoch schnell, dass das gegliederte Schulsystem an seine
7 Grenzen stößt. Es birgt die Tendenz zur Abstufung in sich und behindert bei
8 allem Bemühen der Handelnden die optimale Leistungsentwicklung jedes
9 Kindes nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten. Daher gilt es, das
10 gegliederte Schulwesen zu überwinden.

11

12 **Unser Ziel ist die „Gemeinsame“ Schule**

13 Unser Ziel ist eine gemeinsame Beschulung bis zum Ende der Sekundarstufe
14 I mit individueller Förderung, damit die Entwicklungspotenziale der
15 Schülerinnen und Schüler chancengleich entfaltet werden können. Nur „eine
16 Schule für alle Kinder“ wird diesen Herausforderungen gerecht. Dies ist die
17 „Gemeinsame Schule“ im Sekundarbereich I.

18 Gemeinsames Lernen und individuelle Förderung stehen dabei in engem
19 Zusammenhang. Alle Schülerinnen und Schüler werden auf der Grundlage
20 ihrer Lernfortschritte beraten und nach ihren individuellen Möglichkeiten
21 gefordert und gefördert. Damit wird zugleich die Freude am Lernen verbessert.
22 Lernfreude darf nicht durch Missachtung, Beschämung, Unter- oder
23 Überforderung zerstört werden.

24 Die Lernergebnisse müssen überprüfbar sein. Deswegen werden im Unterricht
25 zu erreichende Mindeststandards formuliert und deren Erreichen regelmäßig
26 untersucht. Die Schulen sind zur ständigen Qualitätskontrolle über ihre
27 Entwicklung, ihre innerschulische Differenzierung, ihre
28 Schulprogrammentwicklung, ihre Kooperation und ihre Netzwerkbildung
29 verpflichtet.

30 In der „Gemeinsamen Schule“ werden alle Klassen ohne Verzögerung
31 durchlaufen. Das „Sitzenbleiben“ kann entfallen, weil bei auftretenden
32 Defiziten entsprechende Fördermaßnahmen frühzeitig ergriffen werden
33 können.

34 Die „Gemeinsame Schule“ ist Ganztagschule. Hiermit verbinden wir eine
35 noch effektivere Förderung aller Kinder mit Familienpolitik. Die bessere
36 Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird so ermöglicht. Die Ganztagschulen
37 sind Lern- und Lebensraum für alle an der Schule Tätigen und verfügen über
38 eine entsprechende räumliche, sachliche und personelle Ausstattung.

39 Sie erfordern aber eine Veränderung der Organisation des Lehr- und
40 Lernprozesses. Eine einfache Verlängerung des Schultages in den
41 Nachmittag reicht nicht aus. Individuelle Förderung im sinnvollen Wechsel mit
42 gemeinsamem Unterricht braucht Raum und Zeit. Das Lernen kann in einer
43 Ganztagschule sinnvoll rhythmisiert werden. Diese individuelle Förderung
44 und Forderung wird verbunden mit der Freude am entdeckenden Lernen.

1 In der pädagogischen Arbeit wirken unterschiedliche berufliche Kompetenzen,
2 wie etwa Schulpsychologen und Sozialpädagogen, zum Wohle von Kindern
3 und Jugendlichen zusammen. Schule ist Teil der örtlichen Lebenswelt.

4 5 **Der Weg zur „Gemeinsamen Schule“**

6 Eine SPD-geführte Landesregierung strebt an, bis zum Jahr 2013 für jedes
7 Kind wohnortnah im Sekundarbereich I eine „Gemeinsame Schule“
8 anzubieten. Wir sind davon überzeugt, dass sich unser Modell der
9 „Gemeinsamen Schule“ durchsetzen wird. Wir haben die besseren Argumente
10 auf unserer Seite.

11 Die SPD wird jedoch keine erneute Schulreform „von oben“ verordnen. Wir
12 streben eine an den Bedürfnissen vor Ort ausgerichtete Weiterentwicklung
13 des Schulsystems an. Beginnend im Jahr 2008 können bestehende Schulen
14 des Sekundarbereichs I in „Gemeinsame Schulen“ umgewandelt werden.
15 Hierbei kommt es auf den Elternwillen an.

16 Die Errichtung der „Gemeinsamen Schule“ gibt den kommunalen Schulträgern
17 die Gelegenheit, ihre Schullandschaft neu zu ordnen. Das wird weniger durch
18 Neuerrichtung von Schulen als vielmehr durch Zusammenlegung und
19 Umwandlung bestehender Schulen erfolgen, und zwar jahrgangsweise
20 aufsteigend.

21 Wir werden umgehend nach Regierungsantritt die „Gemeinsame Schule“ als
22 Regelschule im Schulgesetz verankern und schulformunabhängige
23 Bildungsstandards für den Sekundarbereich I entwickeln, die beschreiben,
24 welche Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler am Ende eines Jahrgangs
25 mindestens erreicht haben sollen.

26
27
28 Für alle Schulen des Sekundarbereichs I gilt dann

- 29 1. Das „Abschulen“, die Überweisung an eine andere Schulform gegen
30 den Willen der Eltern, wird aus dem Schulgesetz gestrichen.
- 31 2. An die Stelle des Sitzenbleibens treten Fördermaßnahmen. Die
32 Erziehungsberechtigten behalten aber das Recht, selbst über eine
33 Klassenwiederholung oder einen Schulwechsel ihres Kindes zu
34 entscheiden.

35 Der Rückgang der Schülerzahlen, auf den die örtliche und regionale
36 Schulentwicklungsplanung reagieren muss, um Schulstandorte halten zu
37 können, führt schon jetzt bundesweit zur Zusammenführung vieler Schulen im
38 Sekundarbereich I. Nur die Einführung der „Gemeinsamen Schule“ wird dazu
39 führen, dass besonders in ländlichen Regionen eine wohnortnahe und
40 vollständige Schullandschaft vorhanden sein wird.

41 Die Gemeinsamkeit hat für die Schulentwicklungsplanung und für die
42 Schulträger vor allem in ländlich geprägten Bereichen darüber hinaus große
43 Vorteile, weil einige der derzeit schwer kontrollierbaren Schülerströme
44 entfallen. Das vereinfacht und verbilligt die Schülerbeförderung.

45 46 **Merkmale der „Gemeinsamen Schule“**

1 Die Gemeinsame Schule zeichnet sich durch folgende Merkmale aus:

- 2 1. An den „Gemeinsamen Schulen“ werden alle Schülerinnen und Schüler
3 des Sekundarbereichs I (Jahrgänge 5 bis 10) gemeinsam beschult.
- 4 2. In den Lerngruppen der „Gemeinsamen Schulen“ werden die
5 Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden.
- 6 3. „Gemeinsame Schulen“ erhalten für das Prinzip des individuellen
7 Förderns zusätzliche Budgets für Förderunterricht, Fachpersonal und
8 Fortbildung.
- 9 4. Die „Gemeinsamen Schulen“ werden grundsätzlich als Selbstständige
10 Schulen und Ganztagsschulen geführt. Dafür werden sie mit einem
11 entsprechenden Budget ausgestattet. Sie werden regelmäßig evaluiert.
- 12 5. Die zu vergebenden Abschlüsse in der Sekundarstufe I richten sich
13 weiterhin nach den Regelungen der Konferenz der Kultusminister
14 (KMK).
- 15 6. Kinder mit Behinderungen gehören von Anfang an in der
16 „Gemeinsamen Schule“ dazu und erhalten die ihnen gemäße
17 Förderung und Forderung. Kinder ohne Beeinträchtigung lernen, ihre
18 Altersgenossen, die anders sind, zu akzeptieren und von und mit ihnen
19 zu lernen.

22 **Sekundarstufe II**

24 An die Sekundarstufe I schließen sich berufliche und studienvorbereitende
25 Bildungsgänge an, die mit beruflichen Qualifikationen oder mit
26 Zugangsberechtigungen zu Hochschulen und Fachhochschulen
27 abgeschlossen werden können.

28 Derzeit herrscht in Niedersachsen in der Organisation der gymnasialen
29 Oberstufe viel Unklarheit: Gymnasien und Gymnasialzweige der KGS führen
30 nach 12 Jahren zum Abitur, IGS und Fachgymnasien erst nach 13 Jahren. An
31 Gymnasien ist die Belastung mit bis zu 34 Wochenstunden dadurch so hoch,
32 dass oft eine ganztägige Beschulung nötig ist, allerdings ohne dass es
33 tatsächlich eine Ganztagsschule ist. In der gymnasialen Oberstufe ist die vom
34 Schulgesetz garantierte persönliche Schwerpunktsetzung zuletzt stark
35 eingeschränkt worden. Dies muss verändert werden.

36 Wir werden das Angebot der Profilierungsmöglichkeiten an der Oberstufe
37 wieder erheblich verbreitern und halten am Ziel der leistungsorientierten
38 Profileroberstufe fest. Die Schulen erhalten mehr Freiräume bei der Entwicklung
39 von Profilen und bei der Organisation fächerübergreifenden Lernens.

40 Das Abitur wird in der Regel nach 12 Schuljahren erworben. Wir werden die
41 künstlichen Barrieren zwischen den Oberstufen-Bildungsgängen an
42 Gymnasien und Berufsbildenden Schulen abbauen.

1 Wir wollen eine Hinführung der Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen
2 Oberstufe zum forschenden, eigenständigen Lernen. Sie sollen für eine
3 hochwertige berufliche Ausbildung oder das Studium qualifiziert werden.
4 Hierzu ist eine enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu verwirklichen.
5 Es werden Kurse entwickelt, die als „Credit Points“ für weitere Ausbildungen
6 anerkannt werden können.

7 8 **Die Beruflichen Schulen der Zukunft**

9 Die berufliche Bildung muss modernisiert und ausgebaut werden. Die
10 Berufsbildenden Schulen übernehmen heute schon durch ein vielfältiges
11 Angebot einen wichtigen Bildungsauftrag in den Regionen und ermöglichen
12 vielen Jugendlichen eine weitreichende Qualifizierung

13 Wir wollen alle Berufsbildenden Schulen zu regionalen Kompetenzzentren
14 weiter entwickeln. Sicher zu stellen ist dabei die Garantie der Mitwirkung aller
15 Beteiligten an ihrer Gestaltung.

16 Wir wollen die Vollzeitschulen an berufsbildenden Schulen sichern und eine
17 enge Zusammenarbeit mit den allgemein bildenden Schulen entwickeln.
18 Hierbei streben wir eine deutliche Steigerung der mittleren Abschlüsse und der
19 Hochschulzugangsberechtigungen an – insbesondere über berufliche
20 Ausbildungsgänge. Das Ziel ist der Anschluss an die Abschlussquoten der
21 europäischen Spitzenländer.

22 Die stetigen Veränderungen der Berufspraxis erheben immer komplexere
23 Ansprüche an die Ausbildung. Die Länder und Sozialpartner müssen dafür
24 neue Konzepte entwickeln. Die duale Ausbildung muss gerade vor dem
25 Hintergrund der unterschiedlichen Bedingungen der Berufsausbildung in
26 Europa weiter entwickelt werden.

27 Insbesondere für lernschwache Jugendliche müssen ganz gezielte
28 Berufsbilder im Sinne „theoriegeminderter“ Angebote mit einem hohen
29 Praxisanteil in enger Kooperation mit den Kammern entwickelt werden. Dabei
30 müssen wir sichern, dass die Absolventen einer solchen Ausbildung auch
31 Arbeitsplätze und eine hinreichende Entlohnung erhalten.

32 Die Berufsbildenden Schulen müssen sich vor dem Hintergrund einer sich
33 ständig wandelnden Arbeitswelt auch neuen Anforderungen in Hinblick auf die
34 Weiterbildung stellen. Sie verfügen über Ressourcen und Kompetenzen, um
35 als Anbieter auf dem Weiterbildungssektor fungieren zu können. Dafür sind
36 ihnen die notwendigen Handlungsspielräume einzuräumen.

37 38 **Reform der Lehramtsausbildung**

39 Die Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer wird reformiert und auf die
40 Anforderungen des intensiven Forderns und Förderns ausgerichtet. Unser
41 modernisiertes Schulsystem verlangen ausgereifte Lehrkräfte, die
42 fachwissenschaftlich auf hohem Niveau stehen und zugleich wissen, wie sie
43 nach modernen Erkenntnissen pädagogisch mit den Schülerinnen und
44 Schülern arbeiten müssen.

45 Auf der Basis der jetzt eingeführten Bachelor- und Masterstudiengänge wird
46 deshalb eine integrierte Lehrerausbildung entwickelt werden. Lehrerinnen und
47 Lehrer müssen befähigt werden, vor dem Hintergrund einer immer

1 heterogener werdenden Schülerinnen- und Schülerschaft mit neuen
2 Konzepten, differenzierten Vermittlungsformen und herausragender
3 Diagnosefähigkeit zu agieren. Deswegen wird der Praxisanteil im Studium
4 deutlich erhöht.

5 Mit der Einführung der Gemeinsamen Schule stellen wir die niedersächsische
6 Lehrerinnen- und Lehrerausbildung auf die Stufenlehrausbildung um.
7 Hierbei wird auch ein Studiengang für Elementarlehrkräfte eingeführt.

8 Es wird sichergestellt, dass zwischen Studienseminaren und Hochschulen
9 eine intensive Zusammenarbeit und ein Austausch stattfindet, damit eine
10 praxisorientierte Lehramtsausbildung aus „einem Guss“ realisiert werden
11 kann.

12

13 **Hochschulen von morgen sichern**

14 Hochschulausbildung, Wissenschaft und Forschung haben eine hohe
15 Bedeutung für die Lebenschancen der Menschen und die Zukunftsfähigkeit
16 unserer Gesellschaft. Sie werden immer wichtigere Faktoren für die Sicherung
17 des Wohlstands und der Bewältigung des wirtschaftlichen und
18 gesellschaftlichen Wandels in sozialer und ökologischer Verantwortung.

19 Bei den Ausgaben für Forschung, Wissenschaft und Bildung und auch bei der
20 Studierquote bildet Deutschland im Vergleich der Industriestaaten das
21 Schlusslicht. Wir müssen mehr tun, um die „Produktivkraft“ Wissen für
22 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt zu nutzen. Deshalb werden
23 wir mehr investieren, um die niedersächsischen Universitäten,
24 Fachhochschulen und Berufsakademien für den internationalen Wettbewerb
25 zu stärken.

26 Wir werden in Niedersachsen die Hochschulautonomie wieder herstellen, die
27 Gruppenuniversität stärken und die Studiengebühren für das Erststudium
28 wieder abschaffen.

29

30 **Erwachsenen-, Weiter- und Seniorenbildung stärken**

31 Die moderne Gesellschaft ist durch „lebenslanges Lernen“ gekennzeichnet.
32 Fortbildung und Wiedereingliederung gewinnen auf allen Ebenen an
33 Bedeutung. Hierzu leisten die Einrichtungen der Erwachsenen- und
34 Weiterbildung einen unverzichtbaren Beitrag, der auch im öffentlichen
35 Interesse liegt. Deswegen wollen wir Erwachsenen- und Weiterbildung
36 stärken.

37 Wir werden dabei den Schwerpunkt vor allem auf die Bildungsbereiche legen,
38 die im Interesse der Gesellschaft sind und dem Gemeinwohl dienen. Dazu
39 gehört auch der Ausbau des zweiten Bildungsweges. Die Weiterbildung der
40 Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrkräfte wird verstärkt.

41 Die Erwachsenenbildung ist gefordert, enger mit den Berufsbildenden Schulen
42 zusammenzuarbeiten. Auch der betrieblichen Bildung kommt eine besondere
43 Bedeutung zu. Ein besonderes Gewicht legen wir in Zukunft verstärkt darauf,
44 finanziell schwachen Gruppen der Bevölkerung den Zugang zu diesen
45 Bildungsmöglichkeiten zu ermöglichen.

46 Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Anteil der älteren Menschen deutlich
47 zunimmt. Sie sind geistig rege, lebens- und wissenshungrig. Die Seniorinnen-

1 und Seniorenbildung erhält in diesem Zusammenhang eine besondere
2 Bedeutung. Diese wollen wir weiterentwickeln und ausbauen. Viele ältere
3 Menschen können und wollen sich in die Gemeinschaft einbringen. Dies
4 werden wir unterstützen.

5 6 **Finanzierung**

7 Investitionen in die Bildung sind notwendig und wir müssen hier eine deutliche
8 Priorität setzen. Einnahmen für das Land Niedersachsen aus der
9 Mehrwertsteuererhöhung sowie aus dem Subventionsabbau werden von einer
10 SPD-Landesregierung vor allem für Investitionen in diese
11 Bildungsmaßnahmen und für den Abbau der Verschuldung genutzt werden.

12 13 **Zukunft der Bildung – mit der SPD!**

14 Das SPD-Konzept zur „Zukunft der Bildung“ wird die Grundlage für den
15 Bildungsteil unseres Regierungsprogramms für die Landtagswahl 2008 sein.
16 In einer ausführlichen Langfassung liefern wir zudem Ergänzungen und
17 beschreiben die Umsetzungsschritte.

18 Wir sind überzeugt: Die SPD beweist mit diesem Programm, dass sie klare
19 Perspektiven für die Bildung in Niedersachsen hat und die Partei ist, die unser
20 Land auf die Herausforderungen der Zukunft einstellt.

21 **Es gilt eindeutig: Bildung hat Zukunft – mit der SPD**